WB-FM-01-118

# Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Agnieszka Brugger (Ravensburg KV)

## Änderungsantrag zu WB-FM-01

**Von Zeile 117 bis 122:**

~~Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell stärken und unterstützen. Hierin sehen wir, neben der Landesverteidigung, auch eine wichtige Aufgabe der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Jeder Kampfeinsatz erfordert ein Parlamentsmandat und darf nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit stattfinden. Dieser Parlamentsvorbehalt ist eine wichtige Vorgabe unserer Verfassung und darf nicht relativiert werden.~~

Wir wollen auch in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen politisch und materiell stärken und unterstützen. An der Vision, den VN unter Beachtung der Parlamentsbeteiligung eigene ständige Truppen zu unterstellen halten wir fest. Die Bundeswehr muss vor diesem Hintergrund VN-fähiger und europatauglicher werden. Wir wollen die gravierenden Fehler der letzten Bundeswehrreform korrigieren und eine Bundeswehr mit zukunftsfesten Strukturen, deren Aufgabe neben der Landes- und Bündnisverteidigung die multilaterale Friedenssicherung im Dienste der Vereinten Nationen ist. Für diese Herausforderungen muss die Bundeswehr gut ausgestattet sein. Dafür braucht es aber keine Erhöhung des Verteidigungsetats, unrealistische Personalpläne und mehr Aufrüstung in Rahmen eines Rückfalls in die alte und gefährliche Denke des Kalten Krieges. Stattdessen sind klare sicherheitspolitische Prioritäten, mehr europäische Zusammenarbeit und ein Ende der ineffizienten Beschaffungspolitik der letzten Jahre notwendig. Es muss endlich Schluss damit sein, dass mit industriepolitisch motivierten Prestigerüstungprojekten und Wahlkreiswünschen einzelner Abgeordneter Steuergelder in immenser Höhe verbrannt werden. Es hat sich bewährt, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Wir lehnen alle Pläne zur Einschränkung des Parlamentsvorbehaltes ab und wollen die Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Bundestages ausbauen. Wir wollen die Innere Führung und den Aufklärungswillen bei Missständen in der Bundeswehr stärken.

## Unterstützer*innen

Jürgen Trittin (Göttingen KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Jan Michael Bloss (Stuttgart KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Bernd Kraft (Main-Kinzig KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Doris Wagner (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Katja Keul (Nienburg KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Regina Klünder (Kiel KV)